

**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 51 (1972)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Das Jahr 1971 wurde zum geschichtlichen Wendepunkt  
**Autor:** Walter, Emil J.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-338564>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 31.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

*Prof. Dr. Emil J. Walter*

## **Das Jahr 1971 wurde zum geschichtlichen Wendepunkt**

Im Oktober- und Novemberheft 1971 des «Profils» stellten wir die Frage: Ist das Jahr 1971 ein weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Wendepunkt? Ein Jahr später gilt es, eine provisorische Bilanz zu ziehen. Diese Bilanz ist eindeutig. In der Tat ist das Jahr 1971 sowohl weltpolitisch als auch weltwirtschaftlich zu einem Wendepunkt geworden. Betrachten wir zunächst die

### **weltpolitische Entwicklung.**

Es dürfte aus naheliegenden Gründen genügen, die weltpolitische Entwicklung der vergangenen Monate stichwortartig zu umreißen. Während in der westdeutschen Bundesrepublik der erbitterte parlamentarische Stellungskrieg um die Ostverträge und die Berlinregelung durchgeföhrt wurde, besuchte im Februar 1972 der amerikanische Präsident Nixon Peking und im Mai 1972 Moskau. Die Volksrepublik China wurde anstelle Taiwans in die UNO und den Sicherheitsrat aufgenommen. In Moskau wurde das sogenannte Salt-Abkommen über eine beschränkte Atomrüstung unterzeichnet und offenbar beschlossen, den Nahostkonflikt zwischen Israel und Ägypten einzumotten. In Indochina zogen die Amerikaner systematisch ihre Kampftruppen ausser Luftwaffe und Marine ab, so dass gegenwärtig nur mehr etwas über 40 000 Mann von der ursprünglich halben Million amerikanischer Truppen zurückgeblieben sind. Im Gleichschritt ging in den Vereinigten Staaten die Demonstrationswelle gegen den Vietnamkrieg zurück. Mit offensichtlich stillschweigendem Einverständnis der Russen und Chinesen konnte Nixon die Grossoffensive Hanoi gegen Südvietnam mit der Verminung der nordvietnamesischen Häfen und der Wiederaufnahme der Bombardierung Nordvietnams beantworten.

Durch die knappe Zustimmung der Bundesrepublik zu den Ostverträgen ist der Weg zu der seit Jahren von der USSR geforderten europäischen Sicherheitskonferenz frei geworden. Die weltrevolutionäre Strategie der Russen und Chinesen steckte nach der vor Jahren erlittenen

Niederlage in Indonesien, die ohne die Anwesenheit der Amerikaner in Vietnam wohl nicht möglich gewesen wäre, eine zweite, dem Umfang nach geringere Niederlage im Sudan ein. Die Folgen: Beendigung des Bürgerkrieges im südlichen Sudan und die Ausweisung der russischen Militärberater aus Ägypten sind ebenso weltpolitische Symptome wie die relative Abschwächung der Tendenzen zum Guerillakrieg in Südamerika und Afrika. Andererseits hat der erfolgreiche Terroranschlag in München gegen die israelische Olympiamannschaft zaghafte Bemühungen, im Nahen Osten zu einem Friedensschluss zu gelangen, schwer gestört. Nach dem brutalen Versuch Westpakistans, Ostpakistan militärisch zu unterwerfen, musste Westpakistan nach der kriegerischen Auseinandersetzung mit Indien im Abkommen von Simla die veränderten Machtverhältnisse auf dem indischen Subkontinent anerkennen. Dagegen führte die weltpolitische Anerkennung Chinas durch die USA zu einem stürmischen Annäherungsversuch Japans an die Volksrepublik, die sich bereits im Spitzengespräch Tanakas mit Tschu En-lai und Mao Tse-tung und in der offiziellen Beendigung des Kriegszustandes zwischen China und Japan äusserte. Die Rückgabe Okinawas durch die USA an Japan, die ersten tastenden Schritte zu einer Annäherung von Nord- und Südkorea und die wachsenden sozialen und politischen Spannungen auf der Inselwelt der Philippinen sind Ereignisse, welche noch vor wenigen Jahren als kaum denkbar erschienen.

Die europäischen Tendenzen zur Integration Europas in der EWG haben durch den negativen Volksentscheid Norwegens einen seiner Bedeutung nach schwer abschätzbaren Rückschlag erlitten, der je nach dem Ausgang der deutschen Wahlen zum Bundestag am 19. November nicht übersehbare Rückwirkungen auf die gesamte Politik des europäischen Kontinentes haben kann, selbst wenn die wahrscheinliche Wiederwahl Nixons wenigstens im Rahmen des atlantischen Bündnisses und der NATO-Politik keine entscheidenden Gewichtsverschiebungen erwarten lässt. Die allgemeine weltpolitische Tendenz ist auf *Entspannung und nicht mehr auf Konfrontation ausgerichtet*.

Dennoch trüben die labilen innenpolitischen Fronten wichtiger Industriestaaten des Westens von Skandinavien über Grossbritannien, Frankreich, der Bundesrepublik bis nach Italien das relativ günstige weltpolitische Bild. Die Ursachen liegen auf wirtschaftlichem Gebiet. Wir denken vor allem an die

### **Währungs- und Inflationsprobleme,**

die noch weit von einer grundsätzlichen Lösung entfernt sind. Lassen wir die Tatsachen sprechen. Seit dem Zweiten Weltkrieg erreichte vor allem in den westlichen Industriestaaten die zweite technische Revolution ihren Höhepunkt. Auf der einen Seite entwickelten sich unter der Führung der Vereinigten Staaten dank Marshallhilfe und Organisation des Weltwäh-

zungssystems von Bretton Wood in Form der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds auf der Basis des Golddevisenstandards die westlichen Industriestaaten von der Bundesrepublik Deutschland bis nach Japan zu voller wirtschaftlicher Blüte, während auf der anderen Seite der Ostblock besonders zur Zeit des Koreakrieges und der Kubakrise leistungsmässig die Vereinigten Staaten wirtschaftlich und damit auch politisch zu überholen trachtete. Dieser Versuch der USSR ist gescheitert, wie mit aller Klarheit die brutale Reaktion gegenüber den Reformbestrebungen des «tschechoslowakischen Frühlings» 1968/69 zeigte. Aber auf der westlichen Gegenseite setzte sich das politische Übergewicht der USA in entscheidende weltwirtschaftliche Tatsachen um. Trotz erfolgreicher Weltraumpolitik und einer Steigerung des amerikanischen Bruttosozialproduktes über die Grenze von mehr als 1100 Milliarden Dollar ist es der Regierung der Vereinigten Staaten nicht gelungen, die inneren sozialen Spannungen zu beheben, die beträchtliche Arbeitslosigkeit von gegen 5 Prozent zu beseitigen und das seit Jahren auflaufende Zahlungsbilanzdefizit – zum Teil eine Konsequenz des unglücklichen Vietnamkrieges – auszuschalten.

Die Folgen dieser weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Politik haben zu schweren Währungs- und Inflationsproblemen und zu gefährlichen Konzentrationstendenzen in der westlichen Wirtschaft geführt. In allen westlichen Industriestaaten wurde die Inflation (beziehungsweise Geldentwertung beziehungsweise Teuerung) durch die skrupellose Nutzung des Bodenrechts auf dem Umweg über die Kapitalisierung der Grundrente zunächst in Form der «schleichenden Inflation» und dann der sogenannten «Stagflation» und schliesslich der offenen, durch internationale Spekulation gegen «harte» Währungen vorangetrieben. Eine internationale Hochkonjunktur des Baugewerbes entwickelte sich parallel zur Steigerung der Bodenpreise in den Bevölkerungsagglomerationen und dem industriellen und merkantilen Konzentrationsprozess. In der Schweiz verbargen sich immerhin hinter der sechsfachen Steigerung der Nominallöhne und Preise eine zweifache Steigerung der Reallöhne als Auswirkung der zweiten technischen Revolution und der damit verknüpften Erhöhung der technischen und wirtschaftlichen Produktivität.

Dank der politischen und wirtschaftlichen Machtstellung der USA konnte bis zum Sommer des Jahres 1971 die Tatsache der andauernden jährlichen Zahlungsbilanzdefizite beibehalten werden. Die wichtigste Folge war die langsame Unterhöhlung der Golddeckung des Dollars, die zunehmende kurzfristige Verschuldung der USA an die Notenbanken der westlichen Industriestaaten<sup>1</sup>, die langsame Verschiebung der Goldreserven aus den USA in die anderen Notenbanken<sup>2</sup> und die dauernde *Überbewertung der äusseren Kaufkraft des Dollars*<sup>3</sup>, wodurch amerikanischen Grossunternehmungen der Einkauf in Grossunternehmen der westlichen Industriestaaten<sup>4</sup> oder der Ausbau von erdöl- und erzfördernden Gesellschaften

ten in den Entwicklungsländern weitgehend erleichtert wurde. Die weltweite Tendenz zur Konzentration von Grossunternehmungen unter anderem im Rahmen der EWG ist unverkennbar. Sie hat bereits auch auf die Schweiz übergegriffen und in Einzelfällen zur Stilllegung von Betrieben geführt, die früher Familienbetriebe waren und jetzt an internationale Aktiengesellschaften übergegangen sind. Diese wirtschaftlichen Strukturveränderungen und der aus Gründen der Grenzen der wissenschaftlichen Grundlagenforschung neben anderen Motiven, wie zum Beispiel Umweltverschmutzung, bedingte Tendenz zur Abschwächung der Wachstumskräfte haben in den letzten Jahren zu einer Verstärkung der Inflationen und im Zusammenhang mit den Folgen der rücksichtslosen internationalen Währungsspekulation zu krisenhaften Erscheinungen einiger Industrienationen, wie Italien und Grossbritannien nebst den USA, mit zum Teil nicht unbeträchtlichen Arbeitslosenziffern geführt. Seit 1971 hat die

### **Inflation**

in den Industriestaaten beträchtliche Fortschritte gemacht. Während die USA nur eine Teuerungsrate von 2,9 Prozent zwischen Juni 1971 bis Juni 1972 aufwies, erreichte der Anstieg der Konsumentenpreise in den europäischen Industriestaaten 5,4 bis 8,0 Prozent<sup>5</sup>. Die Ursache wurde vom deutschen Wirtschafts- und Finanzminister Helmut Schmidt an der Washingtoner Währungskonferenz mit Recht auf die «Liquiditätsexplosion der beiden letzten Jahre» zurückgeführt, die mit einer «Aufblähung der Weltwährungsreserven um etwa 61 Prozent» im Zusammenhang mit den Währungsspekulationen und der Flucht aus dem Dollar, «die Weltinflation zweifellos angeheizt» hat. Letzten Endes steht hinter der «schleichenden Inflation», wie wir schon vor Jahren in der «Roten Revue» festgestellt haben, die Möglichkeit der Schöpfung von Krediten mit dem Hilfsmittel der Bodenspekulation, die Schaffung von arbeitslosem Einkommen durch Umwandlung von landwirtschaftlich genutztem Boden in Bauland der Bevölkerungsagglomerationen.

Die Diskussion um «Göhnerswil», um ein naheliegendes schweizerisches Beispiel herauszugreifen, kreiste um ein zentrales Problem unserer Wirtschaftspolitik, wobei die entscheidenden Fakten bedauerlicherweise zum Teil durch ideologische Schleier überdeckt worden sind. Auf der einen Seite rechnete die Gruppe der marxistischen ETH-Dozenten allzu schematisch mit dem Schema der marxistischen Wirtschaftstheorie, wonach der Preis einer Ware sich zusammensetzt aus  $c + v + m$ , das heisst aus den Kosten des konstanten Kapitals, dem Variablen, den Arbeitskräften zu bezahlenden Kapitalanteil und dem Mehrwert. Auf der anderen Seite reduzierte die Gegenrechnung der Göhner-Unternehmungen nur als Generalunternehmung ab und vernachlässigte in ihrer Abrechnung die Profite, welche durch die Zwischenunternehmer, die Lieferanten der Bau-

materialien, die Transporteure usw. erzielt werden. Es ist kein Zufall, dass zum Beispiel in den Vereinigten Staaten «ein Prozent der Reichsten unter der erwachsenen Bevölkerung, eine Gruppe von etwa 1,5 Millionen Personen, rund einen Viertel des gesamten privaten Vermögens in den USA, das heisst ungefähr eine Billion Dollar (das sind 1000 Milliarden Dollar) besitzt<sup>6</sup>.» Und «eine Gruppe von 5 Prozent der amerikanischen Familien besitzt 40 Prozent dieses privaten Gesamtvermögens, und das wohlhabendste Fünftel der Bevölkerung weist dreimal mehr Vermögen aus als die restlichen 80 Bevölkerung der Einwohnerschaft».

Es ist der politische Druck dieser sozialen Oberschicht, welche gegenwärtig unter der Administration Nixon bestrebt ist, die fällige Reform der internationalen Währungen ihren Interessen gemäss zu gestalten. Im August 1971 hob Nixon die Einlöschungspflicht des Dollars in Gold auf. Seit-her ist der Goldmarkt in zwei Märkte, den erstarrten monetären Goldmarkt der Währungsbanken und den freien Goldmarkt für industriell und gewerblich benötigtes Gold gespalten, wobei zeitweise der freie Goldpreis mit 70 und mehr Dollar pro Unze (etwa 31 g) den alten monetären Goldpreis fast um das doppelte überschritt. Solange aber das Problem des Defizites der amerikanischen Zahlungsbilanz und der damit verknüpften *Flucht* des amerikanischen Grosskapitals *aus dem Dollar* beziehungsweise die höhere äussere Kaufkraft des amerikanischen Dollars gegenüber der inländischen Kaufkraft nicht gelöst ist, können gesicherte internationale Währungsverhältnisse oder gar die Errichtung eines Währungsfonds der EWG nicht erwartet werden. Auf der Washingtoner Währungskonferenz liegen die verschiedensten Sanierungsvorschläge (europäische Goldanleihe zur Umwandlung der kurzfristigen Dollarverpflichtungen der USA in langfristige, mit dem Ziele einer Rückkehr zum Golddevisenstandard oder weitere Aufwertungen der europäischen und japanischen Währungen anstelle der Abwertung des Dollars oder Ausbau des Systems der Sonderziehungsrechte des internationalen Währungsfonds usw.) vor. Es darf angenommen werden, dass die USA ihren «harten» Standpunkt, nämlich den Ersatz der Devisengoldwährung in Form des Dollars als Leitwährung mit einem Ausbau der Sonderziehungsrechte als Grundlage einer internationalen Papierwährung, dank ihrer Machtposition nach und nach durchsetzen werden. Durch welche kritischen Phasen hindurch sich diese Entwicklung vollziehen wird, ob schliesslich aus diesen Auseinandersetzungen eine weltweite Wirtschaftskrise resultiert, kann nicht vorausgesagt werden. Aber es dürfte angezeigt sein, aus diesen Überlegungen einige

### **theoretische und politische Schlussfolgerungen**

zu ziehen. Von seiten gewisser Rechtskreise wurde in der Schweiz der Kampf um die Initiative für ein Waffenausfuhrverbot mit zum Teil leidenschaftlichem Eifer im Sinne eines antikommunistischen Kreuzzuges ge-

führt. Dies zu einem Zeitpunkt, da, weltpolitisch gesehen, eine deutliche Entspannung zwischen den führenden Grossmächten eingetreten ist, so dass Präsident Heinemann anlässlich seines Besuches in der Schweiz sagen konnte: «Die Kriegsgefahr in Europa ist gebannt.» Es ist daher notwendig, auf einen ideologischen Gegensatz aufmerksam zu machen, der unbedingt abgebaut werden muss, nämlich die Vorstellung, als ob der kommunistische Ostblock als Wirtschaftssystem dem kapitalistischen Wirtschaftssystem als dem grundsätzlich marktwirtschaftlichen System gegenübergestellt werden müsste. Kommunismus wird mit Zentralverwaltungswirtschaft und Kapitalismus mit Marktwirtschaft identifiziert. Nichts falscher als dieses ideologische Vorurteil. Denn auf der einen Seite gibt es Marktwirtschaft auch in Diktaturen wie in Spanien, Griechenland oder Portugal. Auf der anderen Seite ist das zentrale Merkmal des stalinistischen Kommunismus, der mit Panzerwagen durch Breschnew wieder in Prag restauriert wurde, der sogenannte demokratische Zentralismus, das System der politischen Einparteiendiktatur nach russischem Muster. Es ist *grundsätzlich* ohne weiteres möglich, *eine voll verstaatlichte Wirtschaft auf marktwirtschaftlichen Prinzipien* aufzubauen, wie dies im tschechischen Frühling unter der Leitung von Prof. Dr. Ota Sik angestrebt wurde. Nur auf diesem Wege, auf dem Wege einer Demokratisierung der östlichen Diktaturen, ist eine *Konvergenz* der westlichen und östlichen Wirtschaftssysteme und eine weltpolitische Entspannung im Sinne eines wirksamen Ausbaus der UNO zu einem Friedensinstrument zu erwarten.

Dabei wird es in den westlichen Industrieländern unumgänglich sein, neben den Problemen der internationalen Abrüstung, der Bereinigung der Währungsprobleme, der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Bekämpfung der Umweltverschmutzung, der Beseitigung der Eiweisslücke in der Welternährung, der sparsamen Verwertung der Rohstoffe im Sinne der Untersuchungen des Klubs von Rom auch das Inflationsproblem grundlegend in den Griff zu bekommen, und zwar einerseits über die Schaffung eines internationalen Geldsystems und andererseits über die Lösung des *Bodenproblems*. Sorgfältige wissenschaftliche Untersuchungen sind notwendig, um die durch das bisherige Bodenrecht möglich gemachte «schleichende Inflation» zu unterbinden und damit zur Stabilität, Vollbeschäftigung, Sicherheit, Gerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit beizutragen.

<sup>1</sup> Für 1971 wurde die kurzfristige Gesamtverschuldung der USA auf 60 Milliarden Dollar angegeben, davon 40 Milliarden Dollar an Banken.

<sup>2</sup> 1971 betragen die Goldreserven der europäischen Notenbanken 21 Milliarden Dollar, die Goldreserven des amerikanischen Währungssystems nur noch 10 Milliarden Dollar.

<sup>3</sup> Schon in den sechziger Jahren konnte bei Reisen in die USA festgestellt werden, dass ein Dollar seiner inländischen Kaufkraft nach nicht 4 und mehr Franken, sondern je nach Warengattung nur 3 oder gar bloss 2 Franken «wert» war.

<sup>4</sup> Die Kapitalkraft entsprechender internationaler Grossunternehmen wird gegenwärtig auf mindestens 450 bis 500 Milliarden Dollar geschätzt und die auf den «Eurodollarmärkten» flottierenden, kurzfristigen, zu 5 bis 7 Prozent verzinslichen, der internationalen Spekulation dienenden Beträge auf 60 und mehr Milliarden.

<sup>5</sup> Anstieg der Konsumentenpreise in Prozenten von Juni 1971 bis Juni 1972: USA 2,9 Prozent, Kanada 4,1 Prozent, Deutschland, Frankreich, Italien 5,4 bis 5,6 Prozent, Grossbritannien 6,1 Prozent, Schweiz 6,4 Prozent, Niederlande 8 Prozent. Nach Harald Wilson sollen die Lebenshaltungskosten in Grossbritannien während der 26 Monate der Herrschaft der konservativen Regierung Heath um 18,5 Prozent gestiegen sein.

<sup>6</sup> «NZZ», 10. August 1972, I. S. 5.

---

Mir scheint aber, dass der SPD heute ein junger Revisionist vom Typ Eduard Bernsteins fehlt, der in unserer Zeit theoretisch die Aufgaben der Sozialdemokratie formuliert. Nur, Eduard Bernstein hat das im Alleingang gemacht und hat dafür jahrelang den Streit am Hals gehabt. So etwas wagt heute leider kein Sozialdemokrat mehr, diesen wichtigen Alleingang . . . Und ich wünschte mir, dass ein Mann wie Herbert Wehner, der erstens die Erfahrung hat, zweitens illusionslos ist und drittens gleichzeitig immer noch ein Stück Utopie in sich gerettet hat, jetzt, nachdem er soviel – und oft im Widerspruch zu vielen Sozialdemokraten – geleistet hat, dieses Stück theoretischer Arbeit zumindest als Wortführer leistet.

*Günther Grass*